4. Jahrgang. Nr. 76. West-

Danzig, Sonnaben, den 30. März 1867.

Nr. 76. 4. Jahrgang

Danzig, Sonnabend, den 30. März 1867.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle Königl. Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreußischen Zeitung, Hundegasse 70. **Vierteljährlicher Abonnements-Preis:** für Danzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.

Monats-Abonnements 12½ Sgr.

Insertions-Gebühren: die Petit-Spaltzeile oder deren Raum 1 Sgr.

Inserate nehmen an:

in Berlin: A. Retemeyer's Central-Annoncen-Bureau, Breitestr. 2,
in Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler,
in Leipzig: Illgen & Co.,
in Danzig: die Expedition der Westpreuß. Zeitung, Hundegasse 70.

Einzelne Nummern 1 Sgr.



Preußische Zeitung.

Abonnement auf das 2. Quartal der Westpreußischen Zeitung.

Um keine Unterbrechung in der Zeitung beim Wechsel des Quartals herbeizuführen, wolle man Bestellungen auf das zweite Vierteljahr bei der nächsten Post-Anstalt möglichst bald machen. Die Redaction, Hundegasse 70.

Telegraphische Depeschen der Westpreußischen Zeitung

Stettin, 29. März. Eine Anzeige des Lootsen-Kommandeurs vom heutigen Tage theilt mit, daß die Schifffahrt durch die drei Odermündungen wieder eröffnet ist.

München, 29. März. Der Kriegs-Minister v. Prankh hat, wie schon seit längerer Zeit erwartet, sein Entlassungsgesuch eingereicht; als Grund desselben gilt die Verzögerung und Erschwerung des Heeresreform-Gesetzes Seitens der Kammer.

Wien, 29. März. Der italienische Minister Graf Cibrario ist in einer besonderen Mission hier eingetroffen.

Paris, 29. März. Das „Avenir national" meldet aus dem Haag vom gestrigen Tage, daß die Abtretung Luxemburgs an Frankreich ein fait accompli sei. Eine Depesche aus Paris habe den König benachrichtigt, daß der betreffende Vertrag abgeschlossen sei. Der König habe die Abtretung alsbald der preußischen Regierung notifizirt.

Einer Mittheilung der „France" zufolge hätte der Prinz von Oranien die telegraphische Benachrichtigung, daß zur Eröffnung der Ausstellung keine Feierlichkeit stattfinden werde, zu spät erhalten und sei in Paris eingetroffen.

Das „Memorial diplomatique" dementirt die Nachrichten von der Sendung Frossard's nach Luxemburg und von der Existenz einer österreichisch-preußischen Allianz.

Paris, 29. März. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers theilte Graf Walewski mit, daß er sein Präsidentenamt niederlege, und verließ den Präsidentenstuhl, der darauf von dem Vicepräsidenten Schneider eingenommen wurde. Es cirkuliren Gerüchte über Veränderungen im Kabinet.

London, 29. März. In der gestrigen Nachtsitzung des Oberhauses erklärte Graf Derby, die englische Regierung habe es abgelehnt, der Pforte die Abtretung Kandias anzurathen. Graf Derby bezweifelte, daß die Pforte nachgeben werde, ohne daß auf sie Zwang ausgeübt würde.

Konstantinopel, 29. März. Es wird versichert, daß die Seitens Frankreichs, Rußlands und Oesterreichs projektirte Uebergabe einer förmlichen Kollektivnote, welche der Pforte die Abtretung Kandiens empfiehlt, nicht aufgegeben sei, weil England den Beitritt zu derselben verweigert habe, sondern weil zwischen Frankreich und Rußland in dieser Angelegenheit Differenzen entstanden seien. Frankreich habe nämlich für den Fall, daß die Pforte Kandien abtrete, eine gemeinsame Garantie für sämmtliche unmittelbare Territorien der Pforte verlangt; an der Weigerung Rußlands, diese Garantie zu leisten, sei das Projekt einer gemeinsamen Kollektivnote gescheitert.

Omer-Pascha übernimmt den Oberbefehl im Epirus und in Albanien; das Haupt-Quartier desselben wird in Prevesa sein, wohin das türkische Geschwader zehn neue Bataillone überführen wird.

Petersburg, 28. März. Baron Stieglitz und Hr. Abasa begeben sich nach einigen fremdländischen Börsenplätzen, um Verhandlungen wegen Betheiligung auswärtiger Finanziers an einem Gesellschafts-Unternehmen zu pflegen, welches bestimmt ist, die Petersburg-Moskauer Staatsbahn vom Gouvernement zu erwerben. Die Regierung hat sich nunmehr definitiv für die Veräußerung dieser Bahn an eine Gesellschaft erklärt.

Reichstag des Norddeutschen Bundes.

21. Plenar-Sitzung.

Donnerstag, 28. März, Vormittags 10 Uhr.

(Schluß.)

Abg. Thiessen: Das Zweikammersystem hat seiner Zeit dadurch, daß es Schranken errichtete für die entgegenstehenden Parteien, Gutes geschafft. Jetzt, wo das Landvolk gebildet, und der Adel erkannt hat, daß seine Interessen mit denen des Volkes genau zusammenhängen, würde durch dieses System die Interessen getrennt und Mißtrauen erzeugt werden. Lassen Sie uns daher nur Ein großes Haus schaffen.

Abg. v. Zehmen: Das Wahlgesetz bleibt die Basis des ganzen Verfassungswerkes. Das allgemeine Wahlrecht möchte für die folgenden Parlamente, und als bleibende Einrichtung nicht passend sein. Durch Ausschluß der Beamten würde sich die Zahl der Wählbaren sehr beschränken. Das wäre eine große Anomalie zu der sonstigen Wahlfreiheit. Damit aber etwas zu Stande kommt, werde ich für den Entwurf stimmen.

Abg. Wagener (Neustettin): Wir stehen vor der Alternative, entweder die Verfassung und den Bund anzunehmen, oder einen besseren Bund zu Stande zu bringen. Ich trete mit keiner Parteipolitik an die Verfassung heran. Nicht blos die Regierungen, auch die Volksvertretungen haben eine große Verantwortlichkeit. Es ist Thatsache, daß das Wahlsystem wenig Einfluß auf die Zusammensetzung einer Volksvertretung übt. Den Census des preußischen Wahlsystems habe ich niemals gelobt. Es kommt darauf an, die Gefahren des allgemeinen Stimmrechts zu vermindern. Die Spitze desselben berührt die Menschen in ihrer Existens, und das ist ein Vorzug und wird den Cäsarismus abwehren. Auch ich hätte gern ein Oberhaus, aber ich kann kein gutes Gesetz über dasselbe vorlegen. Die Herren Antragsteller verlangen dasselbe wie in dem alten Liede; „Lieber Maler mal Er mir" (Heiterkeit). Diese Amendements sollen den Verfassungsentwurf so vollkommen machen, daß es für den unvollkommenen Norddeutschen Bund unpraktikabel wird. Durch die Ausschließung der Beamten streiche ich mich selber aus: aber es ist recht, und sogar in republikanischen Verfassungen bestimmt, daß die Beamten über den Parteien stehen sollen. Die geheime Abstimmung ist für Viele gleichbedeutend mit der freien Abstimmung. (Hört!) Ich kann nur für die Aufrechterhaltung des Artikels stimmen. (Bravo!)

Abg. v. Below (schwer verständlich): Ich habe im Herrenhause für Durchbringung dieses Wahlgesetzes gewirkt. Meine Besorgnisse sind nicht erfüllt und so kam es, daß in der Provinz, wo Junglitthauen herstammte, nur Feudale gewählt wurden. (Heiterkeit links.) Redner erklärt sich schließlich gegen die Zahlung von Diäten.

Abg. Dr. Grumbrecht: Aus der Rede des Abgeordneten für Neustettin habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß man durch das allgemeine direkte Wahlrecht die Macht unsers Mittelstandes brechen will (Murren.) Ich bedauere das sehr, hoffe aber, daß unsere deutschen Verhältnisse es möglich machen werden, daß dadurch bei uns der folgende Verfall nicht eintritt, wie bei anderen Staaten. Zu der Bestimmung, die Beamten von dem passiven Wahlrecht auszuschließen, ist man gekommen, indem man aus den preußischen Verhältnissen Konsequenzen zog. In Preußen ist freilich der Widerstand gegen die Regierung gerade von den Beamten getragen (Bravo). Lassen Sie uns aber jene Bestimmung streichen; denn je mehr Mängel wir in dem Entwurfe lassen, um so größer wird am Schluß die Zahl derer sein, die „Nein" sagen.

Abg. Windthorst: In abstracto kann man nicht über das Allgemeine Wahlrecht diskutiren, wir müssen erst Erfahrungen sammeln. Ob die Beamten wählbar sein sollen, kann prinzipiell nicht beantwortet werden. In diesem Reichstage sitzen 190 Beamte. Für unsere Verhältnisse können dieselben kaum ausgeschlossen werden. Ein Oberhaus halte ich im Intnteresse der monarchischen Prinzipien und der konservativen Interessen für geboten.

Abg. Planck spricht sich gegen den Antrag von Brünneck auf Errichtung eines Oberhauses aus.

Abg. v. Sybel (gegen): Für mich ist es Gewissenssache, gegen das allgemeine direkte Wahlrecht zu sprechen. Dasselbe ist für jeden Parlamentarismus immer der Anfang vom Ende. Dieses Wahlrecht kann segensreich sein, nicht nur wenn Alles im Staate gut ist, sondern wenn auch Alles in den sozialen Verhältnissen gut und gleich ist; (Die zunehmende Unaufmerksamkeit im Hause macht den Redner unverständlich. Man sieht Gruppen von Abgeordneten sich unterhalten) wenn auch die Träume eines tausendjährigen messianischen Reiches in Erfüllung gingen. Das allgemeine Wahl-Recht entspricht nicht der Wehrpflicht, denn die Soldaten dienen vor dem 25. Jahre. Es ist überhaupt französische Institution, die nicht zur Nachahmung zu empfehlen ist. Das direkte Wahlverfahren bei großen Massen ist der Tod der Selbstständigkeit des politischen Lebens. Ich kann daher nicht für das bisher beobachtete Verfahren bei der Wahl zu dem deutschen Reichstag stimmen. Führen wir dieses Wahlrecht ein, so haben wir in kurzer Zeit nichts als eine demokratische Diktatur in den Wahlen

Der Abgeordnete Graf von der Schulenburg hat folgendes Amendement eingereicht: das letzte Alinea des Art. 21 zu streichen und an dessen Stelle zu setzen „nicht wählbar sind Geistliche und richterliche Beamte." (Heiterkeit.)

Präsident der Bundeskommissarien Ministerpräsident Graf Bismarck-Schönhausen: Das allgemeine Wahlrecht haben wir aufgestellt, weil wir kein besseres wußten. Die Herren, die es anfechten, wollen doch an seiner Stelle nicht etwa das Dreiklassen-System setzen? Jedes Wahlgesetz wird unter denselben äußeren Bedingungen ziemlich die gleichen Resultate erzielen. Ich sehe seit meiner parlamentarischen Praxis immer die alten zum Theil lieben, zum Theil kampfbereiten Gesichter. Direkte Wahl haben wir angesetzt, weil nach meiner Beobachtung durch dieselbe mehr Kapazitäten in das Haus gebracht werden, als beim indirekten. Das Allgemeine Stimmrecht läßt die Gevatterschaften nicht zur Geltung kommen. Im Prinzip erkläre ich mich wohl für den Antrag auf Errichtung eines Oberhauses. Dasselbe würde aber in die Maschinerie des Norddeutschen Bundes ein drittes oder viertes Glied einschieben, welches sie zu schwerfällig machen würde. Der Bundesrath repräsentirt gleichsam ein Oberhaus, indem der König von Preußen primus inter pares ist. Was den Ausschluß der Beamten betrifft, so halte ich ihn zum Behufe einer straffen Disciplin für zweckmäßig. Schriftlich lasse ich mir von einem Beamten die stärksten Vorstellungen machen, aber ich würde es schwer ertragen, Minister zu bleiben, wenn mir ein Beamter öffentlich jede Anerkennung versagen dürfte. Die Regierungen aber bestehen nicht darauf, den ganzen Artikel 21 unverändert aufrecht zu erhalten. Wenn Sie entweder den Ausschluß der richterlichen und geistlichen Beamten oder den Wegfall des Zwangsurlaubes für den Eintritt in den Reichstag beschließen, so würden die Regierungen wohl sämmtlich darauf eingehen. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Dr. Meyer (Thorn) (für): Das allgemeine Wahlrecht setzt eine allgemeine Bekanntschaft mit der Aufgabe voraus, die von den Wählern zu lösen ist. Diese Voraussetzung trifft zwar nicht überall zu. Aber nach diesem Wahlrecht wird die Partei in Zukunft gewinnen, welche die Entwickelung des deutschen Geistes am meisten fördert. Wir können das allgemeine Wahlrecht nicht einführen, sondern höchstens abschaffen, da es schon besteht Aber ohne geheime Abstimmung können wir dieses System nicht brauchen, weil dann Massenkämpfe entstehen würden. Dann dürfen auch die Beamten nicht ausgeschlossen werden. Was der Präsident der Bundeskommissarien über die richterlichen Erkenntnisse sagte, liegt im krankhaften Begriffe von Beleidigung in unserer Zeit. Nach den letzten Jahren kann man überhaupt nicht urtheilen, da waren ausnahmsweise Verhältnisse. Eine Kollision der Beamtenpflicht mit dem Mandate im Reichstage ist unmöglich, da die Abgeordneten nicht ihren Ressort-Chefs, sondern den Bundesbeamten gegenüberstehen. Die Frage vom lieben Gott an Deutschland, die uns der Abgeordnete für Hagen neulich aus einem Briefe mittheilte, glaube ich an uns alle gestellt. — Der Antrag auf Schluß der Diskussion wird ausreichend unterstützt; die Diskussion wird aber fortgesetzt, da das Büreau bei der Abstimmung zweifelhaft bleibt. (Stürmische Rufe nach Vertagung.) Präsident: Wird die Vertagung beabsichtigt, so bitte ich, mir einen schriftlichen Antrag einzureichen.

Abg. Schulze (Berlin): Wir haben es hier nicht mit der politischen Frage allein zu thun, sondern mit einer gesellschaftlichen im allereminentesten Sinne. Das Prinzip des allgemeinen, gleichen Wahlrechts wurzelt in nichts anderm, als in dem Prinzip der freien Arbeit und es wird sich geltend machen, seinem eigentlichen Geiste und Wesen nach, sobald man ihm einmal die volle Freiheit giebt Will man aber das allgemeine Wahlrecht nicht, so sage man es offen und hülle es nicht ein (Bravo!); denn das Volk ist in seiner politischen Einheit soweit, daß es die Hüllung längst durchschaut: Intelligenz und Besitz vertreten sich selbst. Sie (rechts) haben also sehr Unrecht, wenn sie die andern Klassen, die sich von Natur schon in einer ungünstigeren Stellung befinden, durch die Beschränkung des passiven Wahlrechts in eine noch ungünstigere bringen. Statt der geistlichen und richterlichen Beamten sollte man lieber die Exekutivbeamten ausschließen. Aber jeder Ausschluß der Beamten würde nur dazu dienen, eine Beamtenkaste zu bilden. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Bei der Abstimmung werden die Anträge Zachariae, v. Brünneck, v. Carlowitz, Hering und Ausfeld abgelehnt, dagegen das Amendement Fries angenommen und hierauf der erste Theil des Art. 21 nebst diesem Amendement genehmigt. Der Antrag des Abg. Grafen Henckel v. Donnersmarck wird ebenfalls angenommen. Dadurch ist der Antrag des Abg. Graf v. d. Schulenburg und die Vorlage der Regierung erledigt. — Sodann wird Art. 21 in der so abgeänderten Fassung mit überwiegender Majorität angenommen und demnächst die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung morgen, Freitag Vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Spezialdebatte über Abschnitt V., Art. 22, Generaldebatte über Abschn. VI. 2. Wahlprüfungen. Schluß der Sitzung 4 Uhr Nachmittags.

Reichstag des Norddeutschen Bundes.

Freitag, 29. März.

Die heutige (22. Sitzung) wurde um 10 Uhr 11 Minuten eröffnet.

Noch einigen geschäftlichen Mittheilungen des Präsidenten trat das Haus in den ersten Gegenstand der Tagesordnung: Vorberathung im Plenum des Reichstages über den Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes — und zwar zunächst Fortsetzung der Spezialdebatte über Absch. V. (Reichstag) resp. die Art. 22—29.

Art. 22 lautet:

Die Verhandlungen des Reichstags sind öffentlich.

Zu diesem Artikel liegen folgende Zusatzanträge vor:

1. Amendement Lasker:

Der Reichstag wolle beschließen, Artikel 22 als Alinea 2 hinzuzusetzen:

Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

2. Amendement Ausfeld:

2) Der Reichstag wolle beschließen: dem Artikel 22 hinzuzufügen: Die Veröffentli-

chung und Verbreitung wahrheitsgetreuer Berichte über Verhandlungen des Reichstags oder über Theile derselben ist unter keinerlei Umständen strafbar.

Die Diskussion über Artikel 22 wurde eröffnet durch den Abg. Lasker.

Er befürwortete sein Amendement. Hierauf nahm das Wort der Vorsitzende der Reichskommissarien Graf Bismarck:

Die verbündeten Regierungen befürchten von der Freiheit der Veröffentlichung der Parlamentsreden keine Gefahr. Wir haben gesehen, daß Reden aus dem Preußischen Abgeordnetenhause, wie sie wohl stärker in keiner Versammlung dieser Art gehalten waren, veröffentlicht wurden ohne jegliche Gefahr. Die Gründe, die uns veranlaßt haben und mich bei einer andern Gelegenheit persönlich —, einer solchen gesetzlichen Bestimmung, wie sie hier von jener Seite (links) befürwortet wird, zu widersprechen, sind andere; ich kann sie wohl bezeichnen als Gründe der Sittlichkeit. Es giebt viele Dinge, die ein Staat dulden kann — er kann sie ignoriren; aber etwas Anderes ist es, sie gesetzlich zu sanktioniren. Dazu rechne ich auch das Recht, einen andern Mitbürger zu beleidigen, ohne daß dieser irgend eine Genugthuung dafür finden könnte. Ich will von Verbrechen, die man mit Worten begehen kann, nicht reden; ich rechne gar nicht darauf, daß sie an der Stelle begangen werden würden. Ich will nur reden vom Schutze der Ehre eines jeden Bürgers, welchen Schutz das Gesetz ihm schuldig ist. Diesen Schutz ihm zu entziehen, das halte ich — ich wiederhole es — gegen die Sittlichkeit, gegen die Menschenrechte. Unter Menschenrechten lasse ich mir ausdrücklich diejenigen gefallen, welche in Frankreich im Jahre 1791 adoptirt wurden, und in die Verfassung der Republik übergegangen sind. Es heißt darin ausdrücklich und zwar in Bezug auf die Freiheit der opinions, die Jeder aussprechen könne, daß diese Freiheit darin bestehe, Alles zu thun, was Anderen nicht schadet. Diese Restriction legt selbst ein so weitgehendes Aktenstück auf, wie jenes. Die Gesetzgebung anderer Staaten, auch die der allerfreisten, schützen wenigstens die Privatehre. Ich berufe mich darüber z. B. auf die amerikanische, deren Bestimmungen ich mir habe ausziehen lassen aus Kent, Commentaries on American law Vol. I. pag. 244.

„Obgleich ein Mitglied des Kongresses außerhalb des Kongresses nicht verantwortlich ist für Worte, welche er in demselben gesprochen, auch wenn dieselben beleidigend für Individuen sind, so kann er doch, wenn er seine Rede veröffentlichen läßt, wegen Libells bestraft werden, by action (in einer Civilklage auf Schadenersatz) und by indictment, d. h. kriminell. So ist es in England Rechtens und so ist es gerecht."

Aus England selbst wird Ihnen ein sehr bekannter Fall in Erinnerung sein, nämlich der Fall Stockdale wider Hansard, wo die Veröffentlichung nicht einer Rede, sondern eines „parliamentary paper" oder reports — es sind dies technische Ausdrücke für amtliche Aktenstücke, die auf Befehl des Parlaments gedruckt werden — etwas Beleidigendes für einen Gefängnißwärter enthielt, welcher darüber klagbar wurde. Die englischen Gerichte waren darüber ganz zweifellos, daß sie den Drucker wegen Beleidigung zu verurtheilen hätten, und thaten es. Das Parlament griff ein wegen Privilegienbruchs und bedrohte die Ausführung dieses gerichtlichen Urtheils mit parlamentarischen Strafen. Aber das Parlament hat auch bei diesen Gelegenheiten, wo es in den Rechtsgang eingriff, niemals die Ansicht ausgesprochen, Reden und Motivirungen einzelner Abgeordneten irgendwie zu schützen bei der Publikation, sondern nur reports and papers, und so ist es meines Wissens noch heutzutage in England Recht, so daß dort wenigstens, in England, in Amerika und in allen übrigen civilisirten Ländern die Privatehre sich des vollkommen gesetzlichen Schutzes erfreut. Diese Motive, dieses Bedürfniß, Jedem sein Menschenrecht auf Schutz gegen Beleidigungen zu erhalten, leitet mich, wenn ich nach wie vor die gesetzliche Sanction der Veröffentlichung solcher Reden, welche injuriös für Privatleute sind, bekämpfe. Daß die Freiheit dadurch nicht beschränkt wird, liegt auf der Hand. Ich habe sofort, wie dies Parlament zusammentrat, an sämmtliche Behörden, die unter der Autorität der Königlichen Regierung stehen, durch die betreffenden Herren Ressort-Chefs die Aufforderung richten lassen, in keinem Falle gegen die Veröffentlichung einer Parlamentsrede einzuschreiten, es sei denn, daß sie zuvor an die Regierung berichtet hätten und der Fall so stark wäre, daß die Autorisation von der Staatsregierung ertheilt werden müsse. Die Regierung wird nicht in Verlegenheit kommen, von dieser Reservirten Befugniß Gebrauch zu machen, am allerwenigsten wird sie davon Gebrauch machen in Bezug auf die Angriffe, die die Regierung selbst treffen, sie wird nur zum Schutz der Privatrechte gegen persönliche Beleidigung jemals davon Gebrauch machen. Wenn behauptet wird, daß unter dieser Einrichtung die Freiheit litte, so halte ich das für eine der übertriebenen Declamationen, denen ich lediglich einen ornamentalen Charakter in den Reden der Vertheidiger des Antrags beilege.

Wenn einer der Herren Vorredner, der Abg. für Berlin, bei dieser Gelegenheit darüber Klage geführt hat, daß unter Umständen der „mühsam erzwungene" höfliche Ton einem anderen Platz mache und damit ziemlich deutlich auf eine lebhafte Diskussion, die ich vor einigen Tagen angeregt hatte, anspielte, so möchte ich dem Herrn Abgeordneten doch Eins zur Erwägung geben. Wenn man fünf Jahre lang schwer gekämpft hat, und das erreicht hat, was hier vorliegt, wenn man seine Zeit, die beste Zeit des Lebens, seine Gesundheit dabei geopfert hat, wenn man sich der Mühe erinnert, die es gekostet hat, oft einen ganz kleinen Paragraphen, eine Interpunctationsfrage zwischen 22 Regierungen zu entscheiden, wenn man nun auf den Punkt gekommen ist, wie er hier vorliegt, dann treten Herren, die von allen diesen Kämpfen wenig erfahren haben, von den amtlichen Vorgängen nichts wissen können, in einer Weise auf, die ich nur damit vergleichen kann, daß Jemand in meine geschlossenen Fenster einen Stein hineinwirft, ohne zu wissen, wo ich stehe. Er weiß nicht, wo er mich trifft, er weiß nicht, welche Geschäfte er mir gerade im Augenblick erschwert, die vorliegen, und die mir durch diesen Widerstand unmöglich werden. Er weiß nicht, welche auswärtigen Fragen im Augenblick schweben, die bei einer energischen Unterstützung der Regierung von Seiten des Parlaments eine andere Behandlung gestatten würden, als in einem Falle, wo man sieht, daß das Parlament nicht unbedingt mit der Regierung geht und nur sehr kleine Anlässe nöthig sind, um eine ernste, tiefgehende Spaltung zu erzeugen. Dann kommt man sehr leicht, auch ohne gerade künstlich nervös gemacht zu sein, in eine Stimmung, die ich dem Herrn Abgeordneten nicht besser charakterisiren kann, als wenn ich ihm empfehle, in einer der ersten Scenen von Heinrich IV. nachzulesen, was Heinrich Percy für einen Eindruck hatte, als der dort besagte Kammerherr kam und ihm die Gefangenen abfordrrte und ihm, der wund- und kampfesmüde war, eine längere Vorlesung über Schußwaffen und innere Verletzung hielt. Die Stelle steht im Anfang des Stückes und fängt mit den Worten an: „I remember that when the fight was over, there came a certain Lord ect." So ungefähr wie Percy ist mir zu Muthe, wenn ich über Dinge, für die ich gelitten und gekämpft habe, die ich besser kennen muß, solche Reden höre.

Bei der nun folgenden Abstimmung wurde das Amendement Ausfeld abgelehnt; das Amendement Lasker angenommen; und schließlich der ganze Artikel 22 mit dem Amendement Lasker angenommen. (Schluß f.)

In- und Ausland.

Preußen. □ Berlin, 28. März. Die Artikel des Verfassungsentwurfs, die sich auf die innere Constituirung der Bundesgewalt beziehen haben die Gegensätze im Reichstage wieder etwas schärfer hervortreten lassen. Die Opposition will das Bundes-Präsidium nach dem Prinzip der Ministerverantwortlichkeit beschränken. Die Geschäfte, welche von der Centralgewalt zu vollbringen sind, sollen nicht allein von dem Bundeskanzler, den das Bundespräsidium ernennt, contrasignirt werden. Man will die Gegenzeichnnng auch auf die Vorstände der einzelnen Verwaltungs-Zweige ausgedehnt wissen, welche nach dem Entwurf der Bundesverfassung zur Competenz des Präsidii gehören. Es war in diesem Sinne ein Amendement zum Artikel 12 von Herrn v. Bennigsen eingebracht, welches zwar abgelehnt worden ist, aber die Meinung des Reichstages in dem Maße beherrschte, daß es bei der ersten Abstimmung mit 125 gegen 125 Stimmen angenommen und die Ablehnung dann erst bei der zweiten Abstimmung unter Namensruf mit 127 gegen 126 Stimmen erfolgte. Graf v. Bismarck war dem Amendement entschieden entgegen, weil er darin eine Beschränkung der Befugnisse der Preußen verbündeten Regierungen erblickte. Sobald die Vorstände der einzelnen Verwaltungszweige die Verantwortlichkeit für die Anordnungen und Verfügungen der Krone Preußen in ihrer Eigenschaft als Bundespräsidialmacht erhalten, entsteht offenbar eine ganz neue Behörde, die, insofern sie außerhalb des Bundesraths steht, andere Machtbedingungen für die dem letzteren zugehörenden Regierungen hervorbringt, als diejenigen sind, zu welchen sie sich in dem Verfassungsentwurf verstanden haben. Innerhalb des Bundesraths findet die Souverainetät einer jeden Regierung ihren unbestrittenen Ausdruck, während das Amendement die Bundesregierungen zu Organen einer höchsten Behörde machen würde, die das Präsidium außerhalb des Bundesraths ernannt hätte. Das Amendement hat vorweg gänzlich davon abgesehen, daß das Zustandekommen des Verfassungszweckes wesentlich von den Regierungen abhängig ist. Es ist dies ein Fehler, an dem fast sämmtliche Amendements leiden, welche gegen den Verfassungsentwurf eingebracht werden. Die Regierungen haben nun einmal keine Lust, jene vollständige nationale Einigung sofort ins Leben zu führen, welche die Amendements der nationalen Partei erstreben. Wozu die Regierungen in dieser Beziehung gebracht werden konnten, dazu waren sie gebracht, als sie den Verfassungsentwurf unterzeichneten. Es wird keiner weiteren Ausführung der sehr nahe liegenden Consequenzen dieses Factums bedürfen oder sollen wir noch erwähnen, daß Amendements kaum als ein geeignetes Complement der vollbrachten Thatsache des Jahres 1866 erscheinen können. Was da versäumt und verfehlt worden, werden die Amendements nicht verbessern, ganz abgesehen davon, daß wir der Meinung nicht sind, daß unsere auswärtige Politik den Augenblick so wenig zu benutzen verstanden, daß das Parlament dazu berufen wäre, sie zu meistern. Annehmen was erworben durch jene Politik — das, wir können es nicht oft genug wiederholen, ist die Aufgabe des Parlaments. Seine Mitwirkung wird dadurch nicht abgeschnitten, sie würde vielmehr die weitgreifendste Entwickelung finden, sobald sie sich von den Gebieten, auf welchen sie überflüssig und deshalb vorweg nachtheilig ist, auf diejenigen Gebiete begäbe, wo sie nützlich und für das Zustandekommen des Verfassungswerkes unentbehrlich ist, wie selbst die Regierung zugestanden. Alle jene Bestimmungen des Verfassungsentwurfs über die materiellen Fragen, das Bundeskriegswesen u. s. w. harren der eingehenden Kritik des Reichstages, die sich indeß leider bei den Puncten aufhält, an welchen keine Macht der Welt in diesem Augenblicke etwas ändern kann. Wir sitzen wieder fest im Doctrinarismus und es wird sehr wünschenswerth, daß die Majorität des Reichstages sich bald darüber klar werde, damit nicht noch mehr kostbare Zeit verloren geht. An den guten Absichten der Majorität zweifeln wir nicht, und sind von der Aufrichtigkeit der patriotischen Motive durchdrungen, welche die nationale Partei für die von ihr gewünschten Aenderungen im unitarischen Sinne geltend macht. Diese unitarischen Bestrebungen sind aber das „Zu viel" über dem Alles verloren gehen kann. Daher müssen sie auf das entschiedenste bekämpft werden, wir dürfen über die Bedingungen, welche die practische Politik stellt, nicht hinaus gehen, wenn wir wirklich zu dem Ziel gelangen wollen, welches allen Parteien vorschwebt, die es mit Deutschland gut meinen. Es wird hohe Zeit, daß die nationale Partei einlenkt, daß sie den Kampf aufgiebt, welcher unfruchtbar bleiben muß, da das Bedürfniß der Gegenwart sich nicht durch doctrinäre Illusionen täuschen läßt. Wir hoffen, daß die Hartnäckigkeit, die sich seit einigen Tagen im Reichstage breiter machte als bisher, bald wieder jener unbefangenen Stimmung weichen wird, die den so lichtvollen, weil aus der eigendsten Anschauung hervorgehenden Auseinandersetzungen des Grafen v. Bismark Gehör giebt. Die gestrige Soirée beim Grafen v. Bismarck läßt sich als die glänzendste bezeichnen, die in dieser Saison stattgefunden. Alle Kreise der Politik und Gesellschaft bis zu den Höchsten hinauf, waren vollständig vertreten, der Hof in allen seinen Mitgliedern und Gästen, die Diplomatie vollzählig, die höchsten Notabilitäten vom Civil und Militair, die Vertreter der Kunst und Wissenschaft. Die Vereinigung aller dieser Kreise bildete zugleich einen Ausdruck der Anerkennung und Huldigung, welche dem Minister dargebracht wurde. Die Frau Kronprinzessin, die während des ganzen Winters nur den Hoffesten beiwohnte, an Privatfesten keinen Antheil nahm, hatte doch für diesmal eine Ausnahme gemacht. Sie war mehrere Stunden auf der Soirée anwesend.

Wie wir unlängst mitgetheilt haben, hat die „N. Fr. Pr." neuerdings ein Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen befürwortet. Das Blatt geht in seiner letzten Nummer, nachdem es sich gegen die Imputation verwahrt, das Organ der Politik des Hrn. v. Beust zu sein, weiter, indem es die Form des Anschlusses an Preußen schon näher bezeichnet. Es heißt u. A.: „Unserer Meinung nach wäre es so übel nicht, wenn Oesterreich gleich Baiern und Württemberg ein Bündniß mit Preußen abschlösse, welches auf der Grundlage der Ebenbürtigkeit und Wechselseitigkeit eine Solidarität der Interessen und der Sicherheit zwischen ihm und Deutschland herstellte, wie sie Oesterreich zur Zeit, als es noch die Präsidialmacht in Deutschland war, innerhalb des von ihm beherrschten und geleiteten Bundes Jahrzehnte hindurch vergebens anstrebte. Was damals auf dem staatsrechtlichen Wege niemals gelingen wollte, weil Preußen darin seine eigene Mediatisirung erblickte, das ließe sich jetzt auf völkerrechtlicher Grundlage allerdings viel leichter herstellen, und wenn wir uns denken, daß Oesterreich zu Schutz und Trutz nach außen hin in ähnlicher Weise wie die süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bunde alliirt wäre, so fragen wir, was wir dabei wagen und inwieferne dadurch unserer Stellung und Würde als Großmacht irgendwie Abbruch geschähe?" Es wird sodann das Vergebliche und Verderbliche des Strebens derjenigen Partei in Oesterreich hervorgehoben, welche das einzige Heil für den Kaiserstaat in einem Kampfe mit Preußen auf Leben und Tod sieht und einer Alliance mit Frankreich das Wort redet. Es wird dann eine Parallele zwischen den Bündnissen Oesterreichs mit Frankreich oder Deutschland, unter historischen Rückblicken entworfen, wobei Frankreich freilich übel wegkommt.

— Aus Homburg, Frankfurt a. M. Wiesbaden, Mainz gehen Nachrichten zu, daß seit einiger Zeit Offiziere der Französischen Artillerie und des Ingenieur-Corps die Preußischen Provinzen des westlichen Staattheiles bereisen um strategischer Studien willen. Die Offiziere, welche nur in Civil erscheinen, sind der deutschen Sprache mächtig und knüpfen in den neuen Landestheilen Verbindungen mit Personen an, welche theils aus Frankreich sind, theils für Französische Interessen Theilnahme zeigen.

Posen. Der „Dziennik Pozn.", das Organ der polnischen Adelspartei, bringt eine kritische Betrachtung der Erwiderungsrede des Minister-präsidenten Grafen Bismarck auf den von den polnischen Reichstags-Abgeordneten erhobenen Protest gegen die Vereinigung der dem preußischen Scepter untergebenen ehemals polnischen Landestheile mit dem Norddeutschen Bunde. Die vom Ministerpräsidenten angeführten historischen und statistischen Data aus der polnischen Geschichte haben die polnische Nationalpartei bis in's Innerste getroffen, und der „Dz. P." glaubt das Gewicht der darauf gegründeten Argumente gegen die Ansprüche der polnischen Nationalpartei am wirksamsten dadurch abschwächen zu können, daß er die Wahrheit der angeführten historischen Thatsachen geradezu ableugnet. Das Blatt findet es unbegreiflich, wie ein Mann von so hervorragenden Kenntnissen und Fähigkeiten, wie der Graf **Bismarck**, auf der Rednertribüne des deutschen Reichstages die abgedroschenen Gemeinplätze von Unterdrückung fremder Volksstämme und der Bauern, von Verfolgung der Bekenner der griechisch-katholischen Kirche und der Dissidenten im ehemaligen Polen habe wiederholen können. Diese Gemeinplätze seien nur von russischen Publicisten aus Haß gegen die Polen aufgebracht und entbehrten jeder thatsächlichen Begründung in der polnischen Geschichte. Das polnische Blatt verweist nicht minder in das Reich der Fabel die allbekannten historischen Thatsachen der Vergrößerung Polens durch Eroberungen, namentlich die Thatsachen von der Eroberung mehrerer preußischer oder russischer Landestheile, der nach langen und erbitterten Kämpfen mit dem deutschen Ritterorden vollbrachten Unterwerfung Westpreußens, der Gründung polnischer Colonien in diesem Lande und der systematischen Polonisirung der deutschen Bevölkerung desselben.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, 30. März.

— (Medicinisches.) Mit dem 1ten October c. wird eine neue Arzneitaxe in den Apotheken eingeführt werden, welche gleichsam als Uebergangsstadium für das später allgemein einzuführende Grammgewicht beim Arzneiverkauf zu betrachten ist.

— (Unglücksfall.) Gestern Abend fiel von dem Gerüst zur zweiten Etage des im Bau begriffenen Wittschen Hauses im Glockenthor ein Arbeiter auf das Straßenpflaster und brach sich das Genick.

— (Verbrechertransport.) Die vom Schwurgericht im letzten Raubmordprozeß Verurtheilten sind zum größten Theil gestern nach dem Mewer Zuchthause abgeführt worden.

— (Kommunales.) — Die Arbeitshaus-Kommission hat sich bei ihrer vorgestrigen Lokalbesichtigung bezüglich der Räumlichkeiten des Kinder- und Waisenhauses dahin ausgesprochen, daß sich dieselben für die Unterbringung der Häusler und des Kinder-Depots vollkommen eignen. Bezüglich der Verlegung der Waisen-Anstalt können wir mittheilen, daß dem Magistrat ein ganz vorzüglich günstig gelegenes herrschaftliches Grundstück in der Nähe von Langfuhr zum Kauf angeboten ist, dessen Gebäude mit geringen Kosten zu dem Zweck herzustellen und dessen Areal dem schönen Projekt entspricht, daß die Kinder in Feld- und Gartenbau unterrichtet und zum landwirthschaftlichen Berufe ausgebildet werden können.

— (Abiturienten-Prüfung). Bei der von Herrn Prov.-Schulrath Dr. Schrader abgehaltenen Abiturienten-Prüfungen erhielten die Primaner der Realschule zu St. Johann Schwerkfeger und Janke das Prädikat „gut" unter Dispensation vom mündlichen Examen, — Siewert und Borowski „gut" nach Ablegung des mündlichen Examen, — Hamm und Mix „genügend" — von der Realschule zu St. Petri — Pratzki nach Ablegung des mündlichen Examens „gut" und Rotzoll „genügend" bestanden.

(Die Wählerversammlung), welche gestern Abend im Selonke'schen Lokale zum Zwecke der Wahl des Heern Justizraths Dr. Martens stattfand, war eine recht zahlreich besuchte. Herr Oberregierungsrath Sack eröffnete und leitete dieselbe und nachdem ein Comité für den Abend, bestehend aus den Herren Consul Brinkman, Prof. Brandstäter, Prediger Karmann und Stadtrath Heyn, gebildet war, nahm Hr. Prediger Karmann das Wort: Hochgeehrte Herren! Hoffentlich geht es zum letzten Mal für diese Zeit zur Wahlschlacht. Wir in Danzig werden wohl die Letzten sein, die einen Abgeordneten zum Reichstage schicken Das Sprüchwort sagt: „Ende gut, Alles gut" und so hoffen auch wir einen Abgeordneten hinzuschicken, der das Wohl des ganzen Vaterlandes im Auge hat. Erwarten Sie nicht, daß ich, wenn wir zum vierten Mal für unsern Candidaten sprechen, gegen den andern Herrn Candidaten sprechen werde. Zweierlei habe ich in meinem ganzen Leben nicht gekonnt, nämlich weder gegen Andere öffentlich aufzutreten, noch von mir selbst zu sprechen. Seit dem Jahre 1848 habe ich viermal die Ehre gehabt, Candidaten zu unsern Ver-

tretern vorzuschlagen. Ich habe aber niemals, niemals, niemals gegen meine Gegner gesprochen sondern nur stets solche Männer ausgewählt, für die ich mit Herz und Mund eintreten konnte. Es ist von mancher Seite Manches gegen den Justizrath Martens gesprochen, denn einige haben den Grundsatz, ihre Gegner zu verkleinern, sie zu förmlichen Puppen zu erniedrigen und so hat man auch gegen unsern Candidaten dreierlei hervorgehoben, er wäre zu alt, er wäre nicht frisch genug und er gehöre keiner Partei an.

Was den ersten Grund betrifft, so habe ich darauf zu erwidern, daß gerade die freiesten Völker, wie die Griechen, die Römer, die alten Deutschen, die Alten, die Grauen zu ihren Vertretern erwählten, die einen langen Lebensweg zurückgelegt und viele Erfahrung auf demselben gesammelt haben. Wir haben das auch in den Schlachten des vorigen Jahres gesehen, da wählte der König zu Führern ebenfalls die alten Männer und was die geleistet haben, ist ja noch frisch in unserm Gedächtniß. Was die Frische unseres Candidaten betrifft, so wäre es sehr wünschenswerth, daß seine Gegner ihm das ins Angesicht sagten; ich glaube, er würde ihnen dann den Beweis so liefern, daß es ihnen schwerlich zum zweiten Male einfallen würde, ihm den Mangel an Frische vorzuwerfen. Was den dritten Grund betrifft, so muß ich bekennen, ich gehörte auch am liebsten keiner Partei an, nur der einen, der alten Königlichen Partei, deren Grundsatz stets war und ist: „Mit Gott für König und Vaterland!"

Was verlangen wir von unserem Candidaten? Daß er es gut meint mit unserm Könige und daß er es gut meint mit dem Volke. Und das kann ich versichern, unser Candidat läßt Nichts kommen auf unsern König und läßt ebenso wenig ein Unrecht geschehen gegen unser Volk. Er ist Jurist und weiß die Wagschaale so zu halten, daß nach keiner Seite hin ein Unrecht geschehen darf. Noch an Eins erlaube ich mir, Sie zu erinnern. Der Wahltag, der Montag ist zugleich der Geburtstag des Grafen Bismarck. Wir wissen ja Alle, daß Gott unserem Könige und unserm Volk diesen Mann zu rechter Zeit gesendet hat, und deshalb wäre es sehr schön, wenn wir Montag auch einen solchen Mann wählten, der es sich zur Aufgabe macht, das Werk dieses Mannes zu fördern und zu unterstützen. Darum noch die Bitte daß wir am Geburtstage des Grafen Bismark dastehen, als ein Mann, darum auf, meine Herren, meine Mitgenossen, wir wählen Montag den Hrn. Justizrath Martens.

Herr Teichgräber nahm darauf das Wort und sprach ungefähr Folgendes: Meine Herren! Wir stehen wieder vor einer Wahlschlacht vor dem Entscheidungskampfe. Da ist es wohl gut, daß wir einen Rückblick werfen auf die Vorkämpfer, denn dadurch gewinnen wir die ermuthigende Ueberzeugung daß unsere Partei stetig im Zunehmen gewesen ist. Ehemals hatten wir eine Minorität von 300 Stimmen unter den Wahlmännern, jetzt können wir mit frohem Muthe der Zukunft entgegensehen. Die Danziger Zeitung gibt uns eine Zusammenstellung der Stimmen bei den vorangegangenen drei Wahlen, knüpft aber ganz eigenthümliche Schlüsse daran. Nach ihr hätte Herr Twesten beim ersten Wahlgange 4388, beim zweiten 6050 und Herr Bischoff beim dritten 4329 Stimmen erhalten, mithin hätte ihr Candidat im Vergleich zum ersten Wahlgange 59 Stimmen verloren. Herr Martens hätte beim ersten Wahlgange 3529, beim zweiten 4890, beim dritten 3816 Stimmen erhalten mithin und nun vergleicht sie nicht wie bei ihrem Kandidaten, den dritten Wahlgang mit dem ersten, sondern den dritten mit dem zweiten und kommt deshalb zu dem Schlusse, hätte er 1074 Stimmen verloren, während er, wenn wir den dritten Wahlgang ebenfalls mit dem ersten verglichen, 287 Stimmen gewonnen hat. Die Sache gestaltet sich aber noch ganz anders, wenn wir die Stimmen, die Herr Redner erhalten hat, in Betracht ziehen Da stellt sich denn heraus, daß dieselben größtentheils nur Herrn Martens entzogen sind, denn ich will nur einige Bezirke ihnen vorführen — in einem hatte Herr Martens beim ersten Wahlgange 249 beim dritten 200 und Herr Redner 49 Stimmen, in einem andern hatte Herr Martens beim ersten Wahlgange 115 Stimmen, beim dritten 42, während Herr Redner 73 Stimmen hatte. Ist hieraus nicht fast mit Sicherheit zu schließen, daß die Stimmen die Herr Redner erhalten hat unserm Candidaten entzogen sind? Da es sich aber jetzt nur zwischen Herrn Bischoff und Herrn Martens handelt, so können wir diese Stimmen auch getrost unserm Kandidaten gutschreiben, und dann fehlen demselben im Vergleich zu Herrn Bischoff nur 16 Stimmen, also nur noch eine kleine Anstrengung und wir sind am Ziele. Was die Partei des Herrn Steffens betrifft, die zwar eine wohlorganisirte aber in der Stimmzahl an Bedeutung heruntergesunken ist, so glaube ich, daß sie sich zum größten Theile bei der Wahl wohl gar nicht betheiligen wird, denn diese Herren, die stets das Wort liberal im Munde führen, haben sie bei den letzten Versammlungen so illiberal behandelt, daß wir uns wenigstens, wenn es uns begegnet wäre, nicht betheiligen würden. Werfen wir nun noch einen Blick auf die verschiedenen Flugblätter, womit unsre Stadt überschüttet worden ist, so finden wir, daß Herr Bischof bis in den Himmel erhoben, Herr Martens fast ganz in den Staub getreten wird. Was hat denn aber Herr Bischoff zum Heile unserer Stadt und deren Bevölkerung gethan? Man sagt, er gehöre seit 1849 zu den Aeltesten der Kaufmannschaft, er sei Mitglied des Admiralitätsgerichts, er sei Mitglied der Privatbank, Mitglied der Stromversicherungs-Gesellschaft, das ist Alles sehr schön, das ist er aber doch nur im Interesse der Kaufmannschaft und dann in seinem eigenen Interesse, denn bei einigen dieser Aemter fallen doch auch ganz nette Spesen ab. Man sagt ferner, er sei Mitglied des Vereins für Schiffbrüchige, Mitglied der nationalen Invalidenstiftung; man verschweigt aber, daß er, bevor er dieses wurde, auch eine Adresse abgesendet hat, die den Frieden unter allen Dingen erhalten wissen wollte. Wie viele mag es in unserer Stadt wohl geben, die jetzt mit dieser Adresse übereinstimmen würden? — Ferner bestreitet man jetzt, wenigstens die Danziger Zeitung thut es, daß Herr Bischof eine Petition abgesandt hat, die die Verlegung unseres Werft-Etablissements verlangt, damit die Löhne für die Arbeiter heruntergehen sollten — —

Der Redner wurde hier von dem Herrn Vorsitzenden unterbrochen und ersucht, die Fortsetzung seiner Rede einstweilen gütigst auszusetzen, da Hr. Justizrath Martens in den Saal getreten war, der mit einem lebhaften Hoch begrüßt wurde. Derselbe ergriff dann auch gleich das Wort und sprach ungefähr Folgendes: Wenn ich diesen Platz hier einnehme, so will ich durchaus nicht Sie bestimmen, mich unter allen Umständen zu wählen, ich thue es nur, weil einige meiner Freunde es für gut fanden. Ich hatte die Ehre, unsere Stadt 1848 und 49 in der Nationalversammlung zu Frankfurt und in der zweiten Kammer zu Berlin zu vertreten. Nach zwölfmonatlicher Thätigkeit kehrte ich zurück und glaubte nicht, daß ich noch einmal auf die politische Bühne treten sollte. Da kam vor einigen Monaten der verehrte Herr Prediger Karmann zu mir und sagte ungefähr Folgendes: Ich komme im Namen meiner Parteigenossen, um Sie zu fragen, ob Sie eine Wahl zum Abgeordneten des Reichstages annehmen würden. Ich weiß, daß Sie nicht zu meiner Partei, der conservativen, gehören; aber ich weiß, daß Sie unsern König und unser Vaterland von ganzem Herzen lieb haben und deshalb frage ich Sie, ob Sie uns, die wir alle in diesen Stücken einig sind, vertreten wollen. — Meine Herren, in meinem langen Leben ist mir ein ehrenvollerer Auftrag nicht geworden, und deshalb schlug ich auch sofort jedes Bedenken nieder, welches in mir aufstieg. Entscheidet sich die Mehrzahl meiner Mitbürger für mich, so bin ich gern bereit, dem Rufe zu folgen, entscheidet sich aber die Mehrzahl für den allverehrten Commerzienrath Bischof, dem ich meine ganze Hochachtung zolle, so habe ich durchaus nichts dagegen. Jetzt erlauben Sie mir noch einige Worte über meine Stellung zur Reichsverfassung. Von 22 deutschen Regierungen haben 21 solche bedeutende Hoheitsrechte aufgegeben, um sie auf unsern allverehrten König zu übertragen, daß ich diese diplomatische That nicht anders als mit einer zweiten Schlacht und einem zweiten Siege bei Königgrätz vergleichen kann. Hier sollen Hoheitsrechte aufgegeben werden von solcher Bedeutung, daß kaum mehr der Schimmer eines Thrones übrig bleibt. Daß sie sich nur widerwillig gefügt haben, liegt klar am Tage und leicht könnte eine Veranlassung gefunden werden, das gegebene Wort zurückzuziehen, wenn in die Verfassung etwas aufgenommen würde, was ihnen nicht behagt, deshalb ist meine Ansicht, daß die Verfassung unter allen Umständen angenommen werden muß. Ein Hauptpunkt in derselben könnte nur Veranlassung zu heftigem Kampfe geben, das ist die Bestimmung über die Flotte, das Heer und die Ausgaben dafür. Es wird nöthig sein, daß dieser nach dem jedesmaligen obwaltenden Bedürfnisse geordnet wird, aber für die ersten acht bis zehn Jahre darf meiner Meinung nach nicht daran gerüttelt werden, denn was von den Fürsten gilt, das gilt auch von den Völkern, die jetzt zu uns gehören sollen, sie werden Alles aufbieten, um die Last der allgemeinen Militairpflicht abzuwälzen. Preußen trug bis jetzt allein die Lasten, welche die Kriegsbereitschaft zur Vertheidigung des Vaterlandes nothwendig macht, was die andern Regierungen leisteten, war eigentlich nur eine Spielerei zu nennen. Frankfurter und Hamburger Bürger erwerben für ihre Söhne das Bürgerrecht in der Schweiz, um sie dem Kriegsdienst zu entziehen. Dem muß vorgebeugt werden. Haben sich die Leute erst an die Militairpflicht gewöhnt, dann dürfen wir keine Sorge mehr haben. Deshalb bin ich dafür, daß in diesem Punkte die ersten acht bis zehn Jahre der Entwurf genehmigt wird, späterhin würde ich für eine ein- oder dreijährige Periode sein. Ich kann mich aber nicht binden, daß ich nur für das, was ich hier auseindergesetzt habe, stimmen werde, ich könnte leicht von Andern eines Besseren belehrt werden. Soviel aber kann ich fast versprechen, daß mich nur die Treue gegen Sr. Majestät den König und die Liebe zum Vaterland leiten wird, und daß ich ein starkes Königthum verlangen werde, denn das ist zum Heile des Vaterlandes nothwendig. Und darum bitte ich Sie, stimmen sie mit mir ein in ein Hoch für unsern theuern König Wilhelm, den Gott der Herr noch recht lange erhalten wolle zum Wohle Preußens, zum Wohle von ganz Deutschland. Er lebe hoch, hoch und hoch!

Der Vorsitzende ertheilte darauf wieder Herrn Teichgräber das Wort, doch dieser bat, ihn, nachdem Herr Justizrath Martens gesprochen, für heute entbinden zu wollen, er würde in einer spätern Versammlung Gelegenheit nehmen, die Fortsetzung seiner Auseinandersetzung folgen zu lassen. Herr Oberregierungsrath Sack theilte darauf noch eine kurze Ansprache an die Mitbürger Danzigs mit und schloß die Versammlung mit der Bitte, sich recht zahlreich am Wahltische einfinden zu wollen. Mit einem lebhaften Hoch auf das Wohl des Justizraths Martens ging sie auseinander.

(Schwurgericht). In der am Montag den 1. April beginnenden Schwurgerichtsperiode kommen folgende Fälle zur Verhandlung:

1) am Montag a gegen den Einwohner A. Vergien aus Borgfeld wegen vorsätzlicher Brandstiftung Verth. J.-R. Weiß. b gegen den Colporteur J. F. Bendikowski wegen Urkundenfälschung und 2 Unterschlagungen. Verth. J.-R. Weiß.

2) Am Dienstag gegen den Müllergesellen R. Karowski und den Geschäfts-Comm. A. J. Boblitz wegen Wechselfälschungen. Verth. J.-R. Völtz und R.-A. Lindner.

3) Am Mittwoch gegen den Maurerges. Th. Hallmann aus Kl. Bölkau wegen vorsätzlicher Brandstiftung. Verth. J.-R. Weiß.

4) Am Donnerstag gegen J. Bielski, J. Fischer, C. Heike, G. Heike, J. Krause, W. Schlimm, J. Stein, G. Wendt aus Bodenwinkel wegen Aufruhrs mit Gewaltthätigkeit an Personen und erheblicher Körperverletzung. Verth. J.-R. Porschmann. (Diese Anklage betrifft grobe Excesse nach einem Wahlakt und ist von dem Criminalgericht an das Schwurgericht abgegeben worden.)

5) Am Freitag a gegen den Knecht Baranowski, b gegen den Bäckergesellen C. Schilff aus Pelonken wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit. Verth. J.-R. Bluhm und R.-A. Lindner (unter Ausschluß der Oeffentlichkeit). c gegen die unv. A. Behrend wegen schweren Diebstahls im Rückfalle. Verth. J.-R. Bluhm. d gegen den Hausknecht J. Totzki wegen schweren Diebstahls. Verth. J.-R. Bluhm.

6) Am Sonnabend gegen den Hofbesitzer G. Wiebe in Gotteswalde (unter Ausschluß der Oeffentlichkeit) wegen Nothzucht. Verth. J.-R. Liebert. Gegen die unv. Fr. Zocha aus Czechoczyn wegen Mordes. Verth. J.-R. Liebert.

7) Am 8. April c. gegen den Arbeiter F. Krause aus Moicz wegen versuchten Todtschlages. Verth. J.-R. Liebert.

8) Am 9. April gegen den Kaufmann S. R. Schulz von hier wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Personen unter 14 Jahren. (Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit). Verth. J.-R. Poschmann.

9) Am 10. April gegen die Arbeiter J. L. Schulz und Trautmann aus Neufähr wegen Raubes und Erpressung. Verth. R.-A. Lipke.

10) Am 11. und 12. April gegen den Eigenthümer Richert und Frau aus Quaschin wegen Mordes. Verth. J.-R. Breitenbach und Walter.

(Gerichtsverhandlungen vom 28. März Schluß. 4) Dem Holzcapitän Zebrowski waren im Laufe des Winters mehrere Sleperhölzer von dem ihm zur Beaufsichtigung übergebenen Kaufmann Silberberg'schen Lager in der Weichsel verschwunden und verfolgte derselbe im Schnee zwei Männerspuren, welche nach der Wohnung der Arbeiter Delecki und Schmolinski in Strohdeich führten. Als er den Hofraum derselben betrat, sah Herr Z. den Delecki beschäftigt eine Partie zerkleinertes Holz mit Schnee zu bedecken und bestutzt über den unerwarteten Besuch — verschwinden. Bei der näheren Besichtigung der Holzscheiten waren die den Sleperhölzern eingerissenen Marken J. S. ganz deutlich erkennbar und wird Delecki trotz seines Leugnens als des Diebstahls überführt erachtet und zu 14 Tage Gefängniß verurtheilt. 5) Die Jungen Johann Lietz und Carl Lange wurden von der Anklage der Waschfrau Marie Philipp am Leegerthor eine Wächeleine gestohlen zu haben, freigesprochen, weil der einzige Belastungszeuge ein Kind von 9 Jahren war. 6) Der Knecht August Karaska, welcher im Dezember pr. seinem Gutsherrn 8 Hühner und 1 Ente fast übermüthiger Weise gestohlen hat und sich den Grund dazu selbst nicht erklären kann, wird mit 3 Wochen Gefängniß bestraft. 7) Der Schmiedegeselle Carl Binsky, welcher in einer Nacht seinem schlafenden Mitgesellen ein Portemonnai mit 2 Thlr. 4 Sgr. entwendet hat, wird in Anbetracht seines damaligen trunkenen Zustandes und unter Anrechnung seiner Untersuchungshaft mit 14 Tagen Gefängniß bestraft.

— (Stadttheater) — Zweite Gastdarstellung des Herrn Köckert: „Stille Wasser sind tief." — Wie Schröder als Schauspieler und Leiter der Hamburger Bühne diese zu ihrem höchsten Glanze führte, so war er als Schauspieldichter stets bemüht, der Verflachung des damaligen deutschen Theaters kräftig und mit Erfolg entgegenzuwirken. Seine dem Englischen entlehnten Lustspiele zeichneten sich durch Naturwahrheit, gesunden wenn auch etwas derben Witz und kräftige Sprache sehr vortheilhaft von den damals gewöhnlichen Lustspielen aus und bildeten ein heilsames Reagens gegen die Depravation des herrschenden Geschmacks der damaligen Zeit. Das Lustspiel: „Stille Wasser sind tief" ist nach dem Rule a wife and have a wife des englischen Dichterpaares Beaumont und Fletscher gearbeitet aber von Grund aus geändert und dem deutschen Geschmack und der deutschen Bildung angepaßt, so daß es auch noch heute als Muster eines guten und wirksamen Lustspiels gelten kann. — Die Darstellung des Stückes war, begünstigt durch die vorzügliche Besetzung, eine vortreffliche. Obwohl die Hauptdarsteller, und unter diesen besonders Frau Fischer, Frl. Albert und Herr Rösicke sich der vollsten Anerkennung würdig zeigten, so concentrirte sich doch das Interesse der Zuschauer auf unseren Gast, Herrn Köckert, der als Baron Wiburg Ausgezeichnetes leistete. Während er den ersten Theil der Rolle mit dem köstlichsten Humor ausstattete, war er nach abgelegter Maske Kavalier von Kopf zu Fuß und documentirte hauptsächlich in der Behandlung des leichten chevaleresken Tons die Gediegenheit seines eminenten Talents. Das zahlreich versammelte Publikum folgte der Darstellung mit gespanntem Interesse und rief Herrn Köckert und die Hauptdarsteller nach jedem Aktschlusse hervor. M.

— (Konzert). Mit einer gewissen Spannung sahen wir dem am 27. März stattgefundenen Konzerte des Hrn. Bucholz entgegen, da wir uns die Frage aufwerfen mußten, welche Wirkung das exellente Spiel der Bilse'schen Kapelle auf das der Buchholz'schen ausüben würde.

Unsere gute Meinung von der Leistungsfähigkeit dieser letzteren Kapelle unter der umsichtigen Direction wurde vollkommen bestätigt! Wir müssen gestehen, daß dieses letzte Konzert des Hrn. Buchholz entschieden das gelungenste war. Es wurde mit größter Präcision und höchst wohlthuend berührender Beobachtung der feinsten Nüancirungen gespielt. Ganz besonders gilt dies von der freundlichst zugegebenen „Träumerei aus der Kinderwelt", ebenso von der Ouvertüre zu „Cola Rienzi", sowie von der F-dur Symphonie von Beethoven. Nur wünschten wir, daß die Klarinette künftighin vor solchen groben Fehlern, wie sie im 3. Satze am Schlusse dieser Symphonie vorkamen, sich wohl hüten möge, und rathen dem Bläser überhaupt viel aufmerksamer die symphonische Musik zu behandeln, als dies von ihm bisher geschehen! Wir bedauern, daß die vorgerückte Jahreszeit uns nun bald die Genüsse der Buchholz'schen Symphoniekonzerte entziehen wird, hoffen aber, daß Herr Buchholz erkennen wird, daß sein Unternehmen von der Gunst des Publikums getragen wird, und sich diese erhalten wird, wenn seine Leistungen mit solcher Steigerung zunehmen, wie wir sie namentlich im letzten Konzerte gerne erkannt haben. N.

Handel und Verkehr.

Amsterdam, 29. März. Getreidemarkt Roggen 2 1/2 Fl. höher, lebhafter. Rüböl pr. Mai 36 7/8, pr. Oktober-Dezember 38 1/2.

Liverpool (via Haag), Freitag, 28. März. (Von Springmann u. Comp.) Umsatz nicht gemeldet.

Wochenumsatz 50,380, zum Export verkauft 10,000, wirklich exportirt 11,055, Konsum 38,000, Vorrath 644,000 Ballen (20,000 Ballen über Schätzung).

Middling Amerikanische 13 1/8, middling Orleans 13 1/2, good middling fair Dhollerah 10 7/8, middling Dhollerah 10 1/2, Bengal 8 1/4.

Paris, 29. März. Rüböl pr. März 92, 50, pr. Mai-August 94,00, pr. September-Dezember 94,00. Mehl pr. März 71, 25, pr. Mai-Juni 72, 50. Spiritus pr. März 63, 00.

Köln, 29. März. Wetter schön. Weizen fest, loco 8, 25, pr. März 8, 5, pr. Frühjahr 8, 6, Roggen steigend, loco 6, 10, pr. März 5, 23, pr. Frühjahr 5, 22. Rüböl behauptet, loco 12 6/10, pr. Mai 12 13/20, pr. Oktober 13. Leinöl loco 13. Spiritus loco 21.

Hamburg, 29. März. Weizen loco flau, auf Termine lustlos. pr. März 5400 Pfd. netto 152 Bankothaler Br., 151 Gd., pr. Frühjahr 144 Br. u. Gd. Roggen loco stille, pr. März 5000 Pfd. Brutto 94 Br., 92 Gd., pr. Frühjahr 91 Br., 90 Gd., Hafer flau. Oel besser loco 24 5/8, pr. Mai 24 5/8, pr. Oktober 25 3/8, Spiritus höher 24 1/2 gefordert. Kaffee und Zink geschäftslos. — Schönes Wetter.

Stettin, 29. März. (St.-Anz.) Weizen 70 — 87, Frühjahr 83 1/4 — 83 1/2 bez., Roggen 55 1/2—56 bez., Frühjahr 54—54 1/4 bez. Rüböl 10 11/12, April-Mai 10 5/6 bez., Spiritus 16 3/4—16 5/6, Frühjahr 16 3/4 bez.

Berlin, 28. März. (St.-Anz.) Weizen loco 70 — 87 Rt. nach Qualität, gelb schles. 81 3/4 Rt. ab bez., Lieferung pr. April-Mai 78 5/8—77 3/4 — 78 Rt. bez., Mai-Juni 78 1/4 Rt. bez., Juli-August 79—78 3/4 Thlr. bez., September-October 76 Rt. bez.

Roggen loco 77—83 ℔ 55 3/4 Rt. ab Bahn bez., 80—81 ℔ 57 3/4 Rt. am Bassin ab Kahn bez., schwimmend 80—81 ℔ 57 Rt. bez., 80—81 ℔ mit 3/4— 1 Rt. Aufgeld gegen Frühjahr getauscht, pr. März 57 Thlr. bez., Frühjahr 55 — 56 1/2—56 Rt. bez. u. G., 1/2 Br., Mai—Juni 56—57—58 Rt. bez. u. Br., 55 3/4 G., Juni-Juli 55 1/8—56 Rt. bez. u. Br., 55 3/4 G., Juli-August 54—53 3/4 Rt. bez., September-October 52—1/2—52 Rt. bez.

Gerste, große und kleine, 46—52 Rt. pr 1750 ℔ —

Hafer loco 27—30 Rt., schlesis. 28 1/2—30 Rt., bez., pr. März 28 1/4 Rt. bez., Br. Frühjahr 28 3/8 Rt. bez., Mai-Juni 28 3/4 Rt. bez., Juni—Juli 29 1/4 bez.

Erbsen, Kochwaare 56—66 Rt., Futterwaare 50—56 Rt. bez.

Rüböl loco, 11 1/3 Rt. Br., pr. März März-April 11 1/6 Rt. bez., April-Mai u. 11 1/4—1/6 Rt. bez. u. G., 1/3 G., Mai-Juni 11 5/12 Rt., September-Oktober 11 7/12—13/24 Rt. bez.

Leinöl loco 13 2/3 Rt.

Spiritus loco ohne Faß 17 5/12—11/24 Rt. bez., loco mit Faß 17 11/12 Rt. bez., pr. März und März-April u. April-Mai 17—1/6 Rt. bez. u. G., 1/4 Br., April-Mai 17—1/4 Rt. bez. u. Br., 1/6 bez. G., Mai-Juni 17 1/6—1/3 Rt. bez. u. Br. 1/4 G. Juni-Juli 17 5/12—7/24—7/12 Rt. bez. u. Br. 1/2 G., Juli-August 17 2/3 bis 5/6 Rt. bez.

Danzig, 30 März 1867. Bahnverkäufe.

Weizen, hellbunt, fein und hochbunt: 124/5—126 ℔ 96, 97 1/2, 100—98, 102 1/2 weiß 104 Sgr., 127—129 ℔ 102 1/2, 105 — 103 1/2, 106 Sgr.; 130—131/2 ℔, 132—133 ℔ fein, 107 1/2, 110 Sgr. — Weizen bunt: dunkelbunt und abfallende Qualität 118/19— ℔, 83 85, Sgr., 121/22 — 122/23 ℔ 85, 87 1/2 — 86, 88 Sgr., 124/5/26/27 ℔ 88 90, — 90, 93 Sgr. pr 85 ℔ pr Scheffel einzuwiegen.

Roggen, 120—122 ℔ 59 — 60, 60 1/2 Sgr., 124—126 ℔, 61, 61 1/2— 62 Sgr. 127—128 ℔ 62 1/2—63 Sgr. pr 81 5/6 ℔ preuß pr Schffl. einzuwiegen.

Gerste, kl. Futter- 98/100 — 103/4 ℔ 48, 48 1/2—49 50, Sgr. pr 72 ℔ pr Schffl. einzuwiegen.— Gerste, kl. Malz- 102 –104 ℔ 48, 49 — 50 50 1/2, Sgr. 106 — 108 ℔ 51, 51 1/2—52, 52 1/2 Sgr. 110 ℔ 53, 54, Sgr. pr gemessenen Scheffel. — Gerste, gr. Malz- 105 ℔, 49, 50 Sgr. 107—110 ℔ 50 51 1/2—52, 53 1/2 Sgr., 112 — 114 ℔ 53, 54 1/2—53 1/2, 55 pr 72 ℔ pr Scheffel einzuwiegen.

Erbsen, weiße Koch- 62 1/2,— 64, 65 Sgr., abfallende 57, 58—59,61 Sgr. pr 90 ℔ pr Scheffel einzuwiegen.

Hafer 30—32 1/2 Sgr. pr 50 ℔ pr Scheffel einzuwiegen.

Spiritus: 16 1/3, pr 8000 Tr. bez.

Die Kauflust für Weizen bleibt schwach, daher fielen auch heute die bezahlten Preise zu Gunsten der Käufer aus.

Bedungen wurde: für bunt, 125 ℔ fl. 550, 124 ℔ bezogen fl. 560, 127 ℔ fl. 575, gut- und hellbunt, 126/7 ℔ fl. 590, 128 ℔ fl. 615, 130/31 ℔ fl. 622 1/2 pr 5100 ℔ pr Last.

Roggen fest. Umsatz 16 Last. 121/2 ℔ fl. 360, 122 ℔ fl. 363, 123 ℔ fl. 366, 126 ℔ fl. 372, 127 ℔ fl. 375 pr 4910 ℔ pr Last.

Erbsen weiß, fl. 348, fl. 351, grüne, fl. 360 pr 5400 ℔ pr Last.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, 29. März. Wind: W.

Angekommen:

Budig, Herrmann, — Wibberenz, Maria, beide von Stettin mit Cement. — Schauer, Gustav, Swindemünde, Mauersteine. — Kalff, Johann Friedrich, Stolpmünde, — Jensen, Haabet, Svendborg, — Schröder, Germania, Swinemünde, Ballast.

Gesegelt:

Huct, Cambridgeshire (D.), London, Getreide. — Kittner, Caroline, Braake, mit Holz.

Nichts in Sicht.

Fascikel 113.
Eine Criminalgeschichte von
Emil Gaboriau.
(Fortsetzung.)

Das Bureau des Banquiers bestand aus zwei Gemächern, nämlich einem Wart-Saale, dessen prächtige Decorirung auf den bedeutenden Rang hinwies, den das Bank-Haus Fauvel in Paris einnahm, und aus einem Arbeitszimmer, dessen ganze Möblirung ein ungeheurer Schreibtisch, drei, vier Fauteuils, ein Secretär und eine Stellage mit Fächern an jeder Stelle des Camins bildeten.

Beide Zimmer hatten nur drei Thüren. Durch die eine gelangte man, wenn man über die Wendeltreppe heraufkam. Die zweite führte in das Schlafzimmer des Banquiers und die dritte öffnete sich nach dem Stiegenhause. Durch diese letztere treten die Geschäftsfreunde des Banquiers ein.

Fanfernot überschaute das Arbeitszimmer mit einem Blicke. In seinen Zügen war eine Art Enttäuschung bemerkbar. Er hatte offenbar nicht gefunden, was er verhofft.

Unmittelbar darauf führte man ihn in den Empfangsaal, der Banquier und der Polizei-Commissär folgten ihm. Prosper blieb im Schreibzimmer zurück.

Bei allem Aufruhr seiner Gedanken und Gefühle konnte es diesem letzteren nicht entgehen, wie sehr sich seine Lage mit jedem Augenblicke verschlimmere. Er war auf einen Kampf mit seinem Principal eingegangen, und dieser Kampf hatte sich bereits entsponnen. Von nun an hing es nicht mehr von ihm ab, dem weiteren Verlaufe desselben Einhalt zu gebieten.

Einer von ihnen beiden mußte unterliegen, und gab das ganze Glück seiner Zukunft sammt seiner Ehre preis. Wer von ihnen beiden von den Gerichten für schuldlos erklärt werden würde? Der unglückliche Cassier fühlte, daß die Aussichten für ihn nicht günstig standen. Er war der Bedienstete, und sein Gegner war sein Herr. Nie hätte er geglaubt, daß sein Prinzipal mit seinen Drohungen Ernst machen werde. Wagte er doch in einem Prozesse, wie der bevorstehende, hundert Mal mehr, als sein Commis.

Er sank in ein Fauteuil neben dem Camine hin und überließ sich dem Sturme, der über sein Denken und Fühlen hereingebrochen war.

Da öffnete sich die Thüre des Schlafzimmers. Eine junge Dame von auffallender Schönheit stand auf der Schwelle. Sie war hoch und schlank, und unter ihrem Morgen-Ueberwurfe, der an den Schulern von einer leichten seidenen Schleife zusammengehalten wurde, strebten ihre reizenden Formen hervor. Ihr braunes Haar, der sanfte und innige Ausdruck ihres Blickes, ihr Teint, der an den matten Schimmer der weißen Camelie erinnerte, das Alles vereinte sich zu einem bezaubernden Bilde.

Es war Madelaine, jene Nichte, von welcher der Banquier kurz zuvor gesprochen.

Als sie Prosper's in diesem Zimmer ansichtig wurde, in welchem sie ihren Oheim allein zu treffen gewohnt war, konnte sie einen leichten Ausruf des Staunens nicht unterdrücken.

Der junge Mann schien von einem elektrischen Schlage berührt. Sein Blick belebte sich, als ob ein Bote der Hoffnung ihm erschienen wäre.

Madelaine! stammelte er, Madelaine!

Purpurgluth überflammte das Antlitz des Mädchens. Anfänglich schien sie sich zurückziehen zu wollen, aber Prosper näherte sich ihr. Eine Macht, stärker als sein Wille, zog ihn hin. Er küßte die ihm dargereichte Hand.

Einen Augenblick standen sich beide reglos, verlegen gegenüber. Beide waren sie so bewegt, daß sie ihre Blicke zu Boden senkten. Beide hatten sich so viel zu sagen, und wußten nicht, wo beginnen. Endlich stammelte Madelaine:

Sie hier, Prosper, Sie?

Diese wenigen Worte genügten, den Zauber zu brechen. Der Cassier ließ die weiße Hand fahren, die in der seinen ruhte, und mit einer Betonung, welche die Qual seiner Seele verrieth, entgegnete er:

Ja, ich bin es, der Gespiele Ihrer Jugend, jetzt verdächtigt, angeklagt, eines schändlichen Diebstahls beschuldigt, auf dem Punkte, von Ihrem Oheim den Gerichten überliefert, und, bevor sich der Tag zu Ende neigt, in einen Kerker geworfen zu werden.

Madelaine erbebte. Die tiefste Theilnahme spiegelte sich in ihrem Blicke.

Großer Gott! rief sie aus, wie wäre das möglich?

Wie Fräulein, Sie wissen von nichts? Ihre Tante, Ihre Cousins hätten Ihnen nichts gesagt?

Nichts! Die Cousins sah ich heute noch nicht und die Tante ist so leidend, daß ich aus Besorgniß, und um mit dem Oheim über ihren Zustand zu sprechen, hieher kam. Aber ich bitte, reden Sie, was ist vorgefallen?

Der junge Mann zögerte; er hatte den Muth nicht, Madelaine in seine geheimsten Gedanken einzuweihen. Eine Erinnerung schwebte ihm vor, die ihn eisig berührte: Er schüttelte traurig das Haupt und sagte:

Verzeihung, Fräulein, so tief mich dieser Beweis von Theilnahme rührt, welcher vielleicht der letzte ist, den ich von Ihnen erhalte, so bitte ich doch, erlauben Sie mir zu schweigen, um Ihnen den Schmerz zu ersparen, den Ihnen das Ereigniß dieses Tages bereiten würde.

Ich will wissen, was geschehen, entgegnete Madelaine mit dem Ausrucke der Entschiedenheit.

O, Sie werden nur zu früh von meinem Unglück hören, und sich dann zu dem, was Sie gethan, nur Glück wünschen.

Madelaine wollte auf ihrem Verlangen bestehen; aber Prosper's Entschlaß war gefaßt.

Ihr Oheim befindet sich im anstoßenden Zimmer. Im nächsten Augenblicke kann er mit dem Polizei-Commissär und dem Polizei-Agenten eintreten. Ziehen Sie sich zurück, damit Sie nicht gesehen werden.

Sachte schob er sie zurück und schloß die Thüre.

Unmittelbar darauf erschien der Polizei-Commissär mit Herrn Fauvel. Sie hatten den Empfangssaal besichtigt, die Haupttreppe untersucht, und konnten von dem im Arbeitszimmer des Banquiers geführten Gespräche nichts vernommen haben.

Allein, was sie versäumt, war Herrn Fanfernot desto besser gelungen.

Dieser vortreffliche Spürhund hatte den Cassier nicht aus den Augen gelassen. Er hatte sich selber gesagt:

Jetzt glaubt er allein zu sein, seine Züge werden mir verrathen, was in ihm vorgeht.

Er überließ es daher Herrn Fauvel und dem Commissär, die Localbeschau fortzusetzen. Er beobachtete den angeschuldigten Cassier. Er hatte gesehen, wie sich die Thüre öffnete und Madelaine eintrat. Kein Blick, keine Geberde, kein Laut waren für ihn verloren gegangen.

Bei der Zurückhaltung, welche die jungen Leute beiderseits beobachtet, hatte Herr Fanfernot eigentlich nichts erspäht; aber sein Genie ergänzte das Wenige, das er vernommen.

Eine Ahnung stieg in ihm empor, und er war entschlossen, auf diese seinen Plan zu bauen.

Dieser junge Mann, dachte er, liebt das Fräulein, welches in der That hübsch genug ist, und da man auch ihn nicht häßlich finden kann, so wird ohne Zweifel auch er hinwieder geliebt. Der Banquier ist mit dieser Neigung nicht einverstanden, das läßt sich wol denken, und greift, um sich des ungelegenen Bewerbers zu entledigen, zu einer Anklage auf Diebstahl gegen ihn.

Herr Fanfernot neigte sich also der Ansicht zu, der Banquier habe sich ganz einfach selber bestohlen, und sein Cassier sei das Opfer einer gehässigen Intrigue.

Prosper konnte diese Ansicht des Agenten für den Augenblick wenigstens wenig helfen, denn Fanfernot hielt mit seinen Ideen zurück.

Lassen wir die Dinge ihren Gang nehmen, dachte er bei sich. Ich schlage meinen eigenen Weg ein. Wenn ich die Behelfe in Ordnung habe, dann soll dem eigentlichen Verbrecher die Maske vom Gesichte gezogen werden.

Uebrigens schwelgte er in Seligkeit Der Prozeß hatte sich endlich gefunden, der ihn zum berühmten Manne machen mußte.

Als man die Beschau des ersten Stockwerks beendigt hatte, kehrte man mit Prosper in das Kassenzimmer zurück. Auf dem Antlitze des Polizei-Commissärs lag jetzt tiefer Ernst. Er mußte zu einem Entschlusse schreiten.

Sie sehen, meine Herren, ergriff er das Wort, die stattgehabte Besichtigung bestätigte meine erste Ansicht. Schließen Sie, Herr Fanfernot, sich meiner Meinung an?

Der Agent blieb stumm.

Eben im Begriffe, das Schloß der Kasse mit der Loupe zu untersuchen, machte er plötzlich eine Bewegung der Ueberraschung. Ohne Zweifel, er hatte eine Sache von äußerster Wichtigkeit entdeckt.

In unwillkürlicher Aufregung drängten sich Herr Fauvel, Prosper und der Polizei-Commissär an ihn, um seine Wahrnehmung zu theilen. (Fortsetzung folgt.)

Angemeldete Fremde am 28. März 1367.

Englisches Haus. Die Herren: **Kaufl.** Hanzo a. Berlin, Schütze a. Hamburg.

Hotel du Nord. Die Herren: Kaufmann Lindenbaum und Schiffsmäkler Aka a. Bordeau.

Hotel zum Kronprinzen: Die Herren: Kaufleute Metzler a. Elbing, Lack. Schneider, Pinner a. Berlin, Oberschulz Claßen a. Steegnerwerder.

Eingesandt.

Das Benedix'sche Lustspiel: „Die zärtlichen Verwandten" hat nicht nur auf allen Hoftheatern in Deutschland, Berlin, Wien, Dresden u. s. w. also in Nord und Süd unseres Vaterlandes, sondern auch über diese Grenzen hinaus, den günstigsten Erfolg errungen. Es ist bereits in fremde Sprachen übertragen und als sehr bezeichnend ist die hohe Anerkennung zu erwähnen, die dem Verfasser jüngst durch den Ausspruch Allerhöchster Herrschaften zu Theil geworden: „Dies sei ein Lustspiel voll ächt deutschen Lebens, über welches man recht herzlich lachen können, ohne dabei wie in französischen Machwerken stets erröthen zu müssen."

Berliner Börse vom 29. März.
Wechsel-Course vom 28.

Amsterdam 250 fl. kurz	5	$143\frac{3}{8}$ bz
do. 2 Monat	5	$142\frac{7}{8}$ bz
Hamburg 300 Mark kurz	4	$151\frac{7}{8}$ bz
do. 2 Monat	4	$151\frac{3}{8}$ bz
London 1 Lstrl, 2 Monat	4	6. $23\frac{1}{4}$ bz
Paris 300 Fr. 2 Monat	3	81 bz
Wien 150 fl. 8 Tage	5	$79\frac{5}{8}$ bz
do. do. 2 Monat	5	$79\frac{1}{4}$ bz
Augsburg 100 fl. 2 Monat	5	56 24 bz
Frankfurt 100 fl. 2 Monat	$3\frac{1}{2}$	56 26 bz
Leipzig 100 Thlr. 8 Tage	6	$99\frac{5}{6}$ G
do. 3 Monat	6	$99\frac{5}{12}$ G
Petersburg 100 R. 3 Woch.	7	$89\frac{3}{4}$ bz
do, do, 3 Monat	7	$88\frac{1}{2}$ bz
Bremen 100 Thlr. 8 Tage	$4\frac{1}{2}$	$110\frac{7}{8}$ bz
Warschau 90 R. 8 Tage.	6	$81\frac{1}{8}$ bz

Preußische Fonds.

Anleihe von 1859	5	$103\frac{3}{4}$ bz
Freiw. Anleihe	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{4}$ bz
St.-A. von 54—55, 57	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{4}$ bz
do. von 59	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{4}$ bz
do. von 56	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{4}$ bz
do. von 64	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{4}$ bz
do. von 50—52	4	$91\frac{1}{8}$ bz
do. von 53	4	$91\frac{1}{8}$ bz
do. von 62	4	$91\frac{1}{8}$ bz
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$83\frac{3}{4}$ bz
Pr.-Anl. von 55 à 100	$3\frac{1}{2}$	$120\frac{1}{4}$ bz
Kr.- und Nm. Sch.	$3\frac{1}{2}$	$81\frac{1}{2}$ bz
Od.-Dchb.-Oblig.	$4\frac{1}{2}$	$95\frac{1}{2}$ bz
Kur- u. Neum. Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{4}$ bz
do. neue	4	$89\frac{1}{2}$ bz
Ostpreußische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{4}$ G
do. "	4	$85\frac{7}{8}$ bz
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	$77\frac{3}{4}$ bz
do "	4	$89\frac{1}{4}$ bz
Westpreußische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	77 G
do. "	4	$85\frac{1}{8}$ bz
do. neue	4	$84\frac{1}{2}$ bz
do. do.	$4\frac{1}{2}$	— —
Preußische Rentenbriefe	4	$90\frac{1}{8}$ G

Gold- und Papiergeld.

Friedrichsd'or	$113\frac{1}{2}$ bz	Dollars	1. $12\frac{1}{3}$ G
Gold-Kronen	9. $8\frac{1}{2}$ G	Sovereigns	6. $23\frac{1}{4}$ G
Louisd'or	$111\frac{1}{8}$ G	Russische Bakn.	$81\frac{3}{4}$ bz
Napoleonsdor	5. $12\frac{1}{8}$ bz	Polnische do.	— —

Druck und Commissionsverlag von A. W. Wendt in Danzig. Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.